Die Diskussion über Atomwaffen erlebt in Europa eine Renaissance. Der russische Angriff auf die Ukraine, das Zerwürfnis zwischen Russland und der NATO sowie das Misstrauen über die zukünftige Rolle der USA haben die atomare Abschreckung in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt. In Deutschland wird sogar darüber gestritten, ob Europa einen eigenen atomaren Schutzschirm benötigt. Dabei gerät das Wichtigste aus dem Blick: Kann eine Sicherheitsarchitektur dauerhaft stabil sein, wenn sie auf der glaubwürdigen Androhung gegenseitiger Vernichtung gründet? Von **Julia Engels**.

Die Logik der nuklearen Abschreckung ist schnell erklärt: Wer einen Angriff erwägt, soll durch die Aussicht auf einen verheerenden Gegenschlag davon abgehalten werden. Atomwaffen sollen dadurch Frieden sichern, dass ihr Einsatz unvorstellbare Folgen hätte. Abschreckungsbefürworter verweisen darauf, dass es im Kalten Krieg (1947–1991) trotz schwerer Krisen zu keinem direkten Krieg zwischen den beiden Supermächten kam.

Diese Betrachtung lässt das Wesentliche außer Acht. Dass ein Atomkrieg bis dato verhindert wurde, heißt nicht, dass das System zuverlässig funktioniert. Die Geschichte des Kalten Krieges ist auch eine Geschichte von Fehlalarmen, technischen Pannen sowie Fehleinschätzungen. Immerzu hing die Vermeidung einer Eskalation davon ab, dass Menschen in extremen Situationen besonnen reagierten. Eine Sicherheitsstrategie, deren Scheitern katastrophale Folgen hätte, ist und bleibt ein enormes Risiko.

Deutschland ist Unterstützer dieses Systems. Im Rahmen der nuklearen Teilhabe der NATO stellt die Bundesrepublik Infrastruktur und Trägersysteme für US-amerikanische Atomwaffen bereit. Die Kontrolle über diese Waffen liegt gleichwohl bei den USA. Die NATO beabsichtigt, ein nukleares Bündnis zu bleiben, solange Atomwaffen existieren.

Angesichts der Zweifel an der amerikanischen Sicherheitsgarantie wird über eine eigenständigere europäische Abschreckung gerungen. Aber eine Ausweitung nuklearer Fähigkeiten ist kein neutraler Vorgang. Im Gegenteil: So entsteht eine Spirale aus Aufrüstung und Misstrauen, die jene Stabilität gefährden kann, die durch Abschreckung eigentlich gewährleistet werden soll.

Es wird weisgemacht, dass es nur zwei Optionen gäbe: entweder nukleare Abschreckung oder Schutzlosigkeit. Diese Annahme ist falsch. Militärische Verteidigungsfähigkeit und diplomatische Maßnahmen sind keinesfalls Gegensätze. Besonders bei wachsenden Spannungen braucht es hauptsächlich verlässliche Kommunikationskanäle, Vereinbarungen zur Rüstungskontrolle und politische Netzwerke zur Verringerung nuklearer Risiken.

Abrüstung ist keineswegs naive Hoffnung. Sie ist eine sicherheitspolitische Aufgabe. Dass

internationale Vereinbarungen durch das Verhalten einzelner Staaten ins Wanken geraten, macht sie mitnichten überflüssig. Gerade dann werden Verhandlungen dringend gebraucht. Ohne Rüstungskontrolle droht eine Welt, in der Regierungen fatalerweise ihre Sicherheit ausschließlich in Kampfstärke suchen.

Hierfür ist der 2021 in Kraft getretene UN-Atomwaffenverbotsvertrag fundamental. Er verbietet seinen Vertragsstaaten den Erwerb, Besitz und Gebrauch von Atomwaffen. Deutschland ist dem Vertrag noch nicht beigetreten und besteht auf die nukleare Abschreckung der NATO. Schon Ende November kommen die Vertragsstaaten in New York zur ersten Überprüfungskonferenz zusammen. Diese Konferenz ist die perfekte Chance, die Notwendigkeit der Abrüstung und die humanitären Auswirkungen eines Atomwaffeneinsatzes in den Vordergrund zu stellen.

Deutschland sollte nicht länger zusehen. Als wirtschaftlich und politisch einflussreicher Staat sollte es dazu beitragen, Gesprächskanäle offenzuhalten, Rüstungskontrolle auf die internationale Agenda zu setzen und eine Basis für langfristige Abrüstung zu schaffen.

Nukleare Abschreckung darf niemals zum Substitut für Diplomatie werden. Denn Frieden, der stets auf der Angst vor gegenseitiger Auslöschung beruht, ist ein äußerst fragiler Frieden.

Titelbild: amine chakour / Shutterstock